p. B. B. Wetwarm

Besuch Mai Van Bo: Arbeitssitzung bei Herrn Botschafter Micheli (19. III.1968, 16.00 h)

Anwesend: Herr Mai Van Bo, Gesandter der Regierung der DRV

Herr Huynh Tieng, 1. Sekretär

Herr Botschafter Micheli

Herr Minister Bindschedler

Herr Miesch

Herr Natural

Herr Kaufmann (Protokoll)

Herr Micheli erläutert eingangs die "philosophie politique" der Schweiz. Wir sind ein friedliebendes Land und stehen ein für die Lösung internationaler Probleme durch eine internationale Rechtsordnung, nicht durch Gewalt. Unsere Neutralitätspolitik ist permanent; wir mischen uns nie ein in Angelegenheiten anderer Länder. Dies bedeutet aber keineswegs Gleichgültigkeit gegenüber menschlichen Leiden in einem internationalen Konflikt; wir suchen im Gegenteil immer Not zu lindern und den Opfern zu helfen. So kommt es, dass die Schweiz die Wiege des Rotkreuzgedankens wurde, dass von hier die Genfer Konventionen ausgingen und dass wir heute "état gérant" dieser Konventionen sind. Hinzu kommt unsere Disponibilität; die Schweiz sucht, der Staatengemeinschaft nützlich zu sein. Wir sind ein kleines Land, ohne Zugang zum Meer und ohne Bodenschätze. Dies hat in uns das Bewusstsein der gegenseitigen Abhängigkeit der Staaten, egal von welcher politischen Struktur, besonders ausgeprägt werden lassen. Obschon wir aus gewissen formellen Gründen nicht Mitglied der UNO sind, arbeiten wir doch in allen Spezialorganisationen mit.

Herr Bindschedler: Die schweizerische Neutralität hat eine lange Geschichte. Sie entsprang ursprünglich einer Enttäuschung über Entwicklungen in der europäischen Politik im 16.Jh. Im Wiener Kongress anfangs des 19. Jh. wurde sie als Statut fixiert und in Versailles bestätigt. Hierin liegt ein Unterschied beispielsweise zur schwedischen Neutralität oder zu den "Neutralisten": Wir besitzen ein Statut, das Rechte und Pflichten bringt. Die Pflichten sind: sich von Konflikten fernzuhalten; sich bei Konflikten neutral zu verhalten; Pflicht zur Verteidigung; Verpflichtung zur Neutralitätspolitik (nichts zu tun, was zur Verwicklung in Konflikten führt, alles vorzukehren, was solche Verwicklungen ausschliesst). Als Konsequenz ergibt sich eine enge Beziehung zwischen unserer Neutrali-



tät und der Unabhängigkeit. Eine Neutralitätspolitik kann nur in Unabhängigkeit geführt werden, und dies bedingt gewisse Limiten: Fernbleiben von Militärbündnissen, Fernbleiben von Organisationen mit irgendwelchen militärischen Konsequenzen (z.B. von der UNO, mit ihrem System der kollektiven Sicherheit). Wir haben deshalb eine viel striktere Auffassung von Neutralitätspolitik als beispielsweise Schweden oder Oesterreich. - Anderseits können wir ohne weiteres technischen, sozialen oder humanitären Organisationen beitreten.

Wir wollen die Neutralität nicht allzu restriktiv auffassen, damit sie uns nicht zur Bürde wird. Wir versuchen anderseits immer wieder, das Vertrauen anderer Länder in unsere Neutralität zu stärken.

Die Neutralität gibt uns die Möglichkeit zu "guten Diensten". So gingen von der Schweiz die Bestrebungen aus, Feindseligkeiten im Sinne des "Roten Kreuzes" zu limitieren. In diesem Sinne ist das Werk der Genfer Konventionen und auch das IKRK zu verstehen; letzteres ist, obwohl rein schweizerisch zusammengesetzt, unabhängig vom Bundesrat.

Gemäss der Haager Konvention von 1907 kann ein neutraler Staat seine guten Dienste zur Vermittlung anbieten, ohne dass dies als unfreundlicher Akt betrachtet werden kann. Es ist zu unterscheiden zwischen guten Diensten im "technischen" Sinne (Unternehmungen humanitären Charakters bzw. Zurverfügungstellen eines technischen Apparates wie bei den Algier-Verhandlungen) und im "politischen" Sinne. Auch hier sind wir jederzeit bereit, aber uns auch bewusst, dass ein kleiner Staat wenig politisches Gewicht besitzt, um den Gang eines Konfliktes zu beeinflussen; es kommt hinzu, dass beide Parteien mit solchen guten Diensten einverstanden sein müssen.

Herr Van Bo: Wie vertragen sich die Begriffe des Rechtes und der Neutralität? Im allgemeinen hält sich der Neutrale von Konflikten fern; aber in allen Konflikten sind die Begriffe des "Rechtes" bzw. "Unrechtes" enthalten. Wie verhält sich hier die Schweiz?

Herr Micheli: Wir unterscheiden zwischen staatlicher Neutralität und Gesinnungsneutralität. Neutralität des Staates ist nicht identisch mit Gesinnungsneutralität der Bürger.

Herr Bindschedler: Die schweizerische Regierung nimmt nie Stellung in Konflikten. Wir wollen nicht Richter spielen; dies wäre für uns schon Einmischung in den Konflikt. Recht und Unrecht in Konflikten sind immer schwer zu beurteilen.

Herr Van Bo: Ich wollte keineswegs kritisieren, sondern nur besser verstehen. Jeder kann seine eigene Auffassung haben. Im Falle Vietnams z.B. glaube ich in der Schweiz eine sympathisierende Bewegung feststellen zu können, die durchaus dem entspricht, was Sie vorhin sagten.

Das Vietnamproblem ist in Europa heute gut bekannt. Das vietnamesische Volk existiert seit 1000 Jahren: im Laufe der Geschichte war es meist geteilt, aber der Drang zur Einheit war stets lebendig. Im Abkommen von 1954 wurde unser Recht auf Frieden, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität anerkannt. Die von den USA perpetuierte These von den zwei Vietnam steht im Widerspruch zu Geschichte und Empfinden der Vietnamesen. 1956 hätten Wahlen zur Bildung einer einzigen Regierung stattfinden sollen; die Demarkationslinie sollte nur eine organisatorische Massnahme, aber nicht eine politische Grenze sein. Gerade darauf aber ging die Politik der USA aus. Die Bestimmungen des Abkommens 1954 - Wahlen, Wiedervereinigung etc. - hätten auch im Süden angewandt werden sollen, aber Diem liess es nicht zu; darauf erhob sich die Bevölkerung gegen Diem. 1960, mit der Gründung des FNL, kam zum militärischen Kampf gegen Diem der politische. Als sich der Kampf zugunsten der Amerikaner entwickelte, liessen sie Diem beseitigen und setzten an seine Stelle eine Reihe von Generälen, die aber alle von der Bevölkerung als US-Marionetten abgelehnt wurden. 1964 stand das Saigoner Régime vor dem Zusammenbruch, worauf die Amerikaner zweifach intervenierten: durch Entsendung eines Expeditionsheeres und durch Bombardierungen des Nordens; sie erklärten offen, damit wollten sie den FNL und die DRV zur Kapitulation zwingen; sie wollten den Norden schlagen, um den Süden zu gewinnen. Aber sie hatten keinen Erfolg: die Produktion im Norden wurde sogar gesteigert, und wir haben riesige Zahlen von Flugzeugen abgeschossen. Schliesslich kam es zur Tet-Offensive, die die Antwort auf die Weigerung war, den von uns angebotenen 7-tägigen Waffenstillstand anzunehmen. Das Volk erhob sich. Wir stehen heute in der 3. Phase, nämlich der der allgemeinen Volkserhebung. Bis heute sind die Resultate phantastisch, die Verluste der Amerikaner bedeutend. Das Saigoner Verwaltungsnetz auf dem Lande ist aufgelöst, sogar in einzelnen Teilen von grossen Städten. Die Bevölkerung setzte dafür Verwaltungskomitees ein. Auch die Armee Saigons zerbröckelt angesichts von Massendesertionen.

Angesichts dessen hat der FNL ein politisches Programm ausgearbeitet, das auf den Grundsätzen der Nationalen Einheit und des Zusammenschlusses verschiedener politischer Richtungen und Religionen beruht; der Krieg soll beendigt werden durch Schaffung eines unabhängigen, demokratischen, friedlichen, geeinten und prosperierenden Südvietnams; dies wird erreicht durch freie Wahlen im Schutze der demokratischen Freiheiten. Alle Südvietnamesen sind dabei willkommen, die gegen die USA kämpfen. Das Programm wurde von der ganzen Bevölkerung begrüsst. Deshalb auch wurde die Tet-Offensive vom Volk unterstützt und wurden Volkskomitees gebildet, die mit dem FNL sympathisieren.

Auch politisch hat der FNL in letzter Zeit bedeutende Erfolge errungen. Die Erkenntnis, dass die Angelegenheiten in Südvietnam von der dortigen Bevölkerung allein geregelt werden müssen, setzt sich immer mehr durch.

Die Regierung der DRVN hat ihre Position, wie sie in den vier Punkten Ministerpräsident Pham Van Dongs formuliert ist, verschiedentlich bestätigt (die ihrerseits durchaus den Genfer Abkommen entsprechen): 1) Anerkennung der nationalen Grundrechte Vietnams, wie sie im Genfer Abkommen formuliert sind; die USA müssen ihre Truppen abziehen, ihre Stützpunkte aufheben und die Allianz mit Saigon auflösen. 2) Die beiden Zonen müssen die Bestimmungen des Genfer Abkommens beobachten. 3) Die Angelegenheiten Südvietnams sind von der dortigen Bevölkerung und dem FNL zu lösen. 4) Wiedervereinigung auf Grund einer Uebereinkunft zwischen Nord und Süd, ohne Einmischung von aussen.

Die Amerikaner reden immer von Gesprächen. Wir haben unsere Haltung hiezu klargemacht: Die Bombardierungen und andern feindlichen Akte müssen aufhören. Wir sind ein souveräner Staat, und die USA haben kein Recht zu Bombardierungen. Die Einstellung hat deshalb bedingungslos zu erfolgen. Sobald wir die erfolgte Einstellung konstatieren, können Gespräche beginnen. Diese werden sich auf die Genfer Abkommen stützen, aber auch andere Fragen können besprochen werden.

Herr Micheli: Wie stellen Sie sich zur amerikanischen These, die USA suchten in Vietnam eine chinesische Expansion einzudämmen?

Herr Van Bo: Das ist ein unechtes Problem. Vietnam ist nicht China. Die USA aber greifen Vietnam an; warum, wenn sie doch China meinen? Die USA wollen lediglich in Südvietnam ein von ihnen kontrolliertes Territorium aufrechterhalten; sie tun es durch Mittelsmänner und Marionetten. Das ist echter Neokolonialismus. Südvietnam soll ein Glied in der Kette ihrer Basen im Pazifik sein.

Herr Micheli: Wie stellen Sie sich zur amerikanischen Forderung, die Infiltration aus dem Norden müsse aufhören?

Herr Van Bo: Die USA wollten die Trennung verewigen, um Südvietnam zu einer Neokolonie zu machen. Die These der zwei
Vietnam ist falsch; es gibt nur ein Vietnam, sogar gemäss Genfer
Abkommen. Wenn es aber nur einen Staat und ein Volk gibt, dann
ist ein Angriff auf den Süden ein Angriff auf ganz Vietnam und
entsprechend verteidigt sich ganz Vietnam. Wir haben nie verheimlicht, dass wir dem Süden helfen. Norden und Süden sind gleichbedeutend; in Hanoi stehen viele Leute aus dem Süden in Regierung
und Verwaltung (ich selbst bin ja auch aus dem Süden).

Wenn der Süden befreit ist, wird er eine Zeitlang unabhängig und vom Norden getrennt sein. Aber dann wird die Wiedervereinigung aus Gesprächen zwischen Nord und Süd resultieren, allmählich und ohne Dominanz des einen oder andern Teiles. Es wird ein Gespräch unter Brüdern sein, eine Familienangelegenheit. Saigon hat diplomatische Missionen in verschiedenen Ländern, die den Vietcong und den Kommunismus an die Wand malen. Sie tun, als ob sie Südvietnam gegen den Norden verteidigten. Die USA sprechen von Invasion. Das hat nichts zu tun mit dem Volk; dieses ist einig vom Norden bis zum Süden.

Herr Bindschedler: Drei Fragen, teils "indiskret": a) ein iuristisches Problem im Zusammenhang mit der Einheit Vietnams: Welches ist der Charakter des Konfliktes zwischen Norden und Süden (abgesehen von den USA)? Handelt es sich um einen Krieg zwischen zwei völkerrechtlich selbständigen Staaten, oder ist es ein Bürgerkrieg? b) Sie erwähnten, Gespräche sollten sich in den Linien der Genfer Abkommen bewegen; würde dies auch für die Bestimmung gelten, wonach die beiden Parteien ihre Truppen hinter den 17º zurückziehen sollten - also auch der Norden? c) Natürlich können die USA nicht das ganze Territorium des Südens unbeschränkt halten, aber sie könnten sich in gewissen Enklaven festsetzen und könnten von dort nicht vertrieben werden. Um sie auch von dort wegzubringen, muss auf jeden Fall verhandelt werden; Verhandlungen setzen zwei Partner voraus. Welches wäre Ihrer Ansicht nach die Basis für solche Verhandlungen, die auch dem Potential der USA Rechnung tragen?

Herr Van Bo: Zu a): Man kann eben gerade von der amerikanischen Anwesenheit nicht absehen; denn ohne die USA wäre Vietnam längst ein einheitlicher Staat, und es gäbe keine Diskussionen über die Natur der beiden Vietnam. 1956 hätte die Mehrheit auch im Süden für Ho Chi Minh gestimmt. Dass Diem die USA gerufen hat, ist eine Fiktion. Es ist kein Bürgerkrieg, denn nach Abzug der USA könnte sich Saigon nicht 48 Stunden halten. Saigon hat keinen Rückhalt im Volk und keine Gewalt über es. - Zu b): Es ist zu früh, heute schon darüber zu diskutieren; wichtig ist die Abwesenheit fremder Truppen und fremder Stützpunkte. Die vietnamesischen Angelegenheiten müssen von den Vietnamesen allein geregelt werden. - Zu c) Es ist möglich, dass die USA zu solchen Enklaven Zuflucht nehmen wollen, wenn sie noch weiter Niederlagen einstecken müssen, und dass sie ihre heutige "San Antonio-Formel" für Verhandlungen aufgeben. Als die amerikanische Intervention begann, glaubte man, der Sieg der USA werde sofort kommen; heute scheint im Gegenteil ein Sieg des FNL über die Amerikaner möglich. Die Amerikaner sind in der Defensive, und eine solche Armee kann sich nicht ewig halten. Wir werden sehen.

Herr Bindschedler: Inzwischen fordert der Konflikt immer weitere Opfer.

Herr Van Bo: Natürlich gibt es die Lösung, dass man verhandelt, und wir sagten, wir seien dazu bereit. Es ist Johnson, der nicht will. Natürlich wäre es besser, die USA mit Verhandlungen zum Abzug zu bewegen, als sie in Enklaven zu verewigen. Aber das liegt bei den USA. Wir sind jederzeit zu Gesprächen bereit, sobald effektiv ein Bombenstopp festzustellen ist. Das wäre ein Zeichen des

guten Willens seitens der USA. - Unser Ziel ist einzig die Unabhängigkeit; ein Abzug der USA würde den Weg zu einer ehrenhaften Lösung für alle Parteien bringen.

Uebrigens war ja auch Dien Bien Phu nicht ein Sieg über das gesamte französische Expeditionskorps, nur über einen kleinen Teil; aber es stellte einen grossen politischen Erfolg dar, der in den Franzosen den Entschluss reifen liess, den Krieg zu beendigen und abzuziehen. Für uns ist nicht die Erniedrigung der USA wichtig, sondern die Unabhängigkeit. Wir haben durchaus die Mittel, um den Kampf weiterzuführen. Wir haben den Volkskampf zu einer bisher ungekannten Intensität gesteigert; wir besitzen ein Dispositiv, das uns den Sieg bringen muss. Sieg heisst für uns: Abzug der Amerikaner und Selbstbestimmung.

Herr Micheli: Das heisst, dass Verhandlungen sich nur auf den Abzug der USA beziehen könnten?

Herr Van Bo: Das ist eine absolute Bedingung.

Herr Natural: Wie begründen Sie die These, dass die USA im Süden eine Kolonie begründen wollen? Der Süden verfügt ja über keine Bodenschätze.

Herr Van Bo: Die USA haben heute ein System strategischer Stützpunkte, mit denen sie die Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker
Südostasiens unterdrücken. Südvietnam soll ein Glied in diesem
System bilden. - In Frankreich wurden die USA 1944 als Befreier
gefeiert; aber dort führten sie einen gerechten Krieg, der von
der ganzen freien Welt unterstützt wurde, auch von uns (gegen die
Japaner). Heute ist es anders. Die Amerikaner sind verhasst in
Vietnam; sie zerstören alles, begehen Verbrechen gegen die Städte.
Sie üben die Taktik der verbrannten Erde; das ist gegen die Regeln
der Kriegführung; das ist ein Kriegsverbrechen, gegen die Menschheit. - Deshalb suchen wir alle Menschen zu bewegen, die amerikanischen Kriegsverbrecher in Südvietnam zu verurteilen.

Herr Micheli: Welches wäre die Stellung des FNL zu Verhandlungen? Würde er zusammen mit Hanoi verhandeln?

Herr Van Bo: Gespräche zwischen Washington und Hanoi würden sich auf die hängigen Fragen zwischen USA und Nordvietnam erstrecken: Was die zwischen den USA und dem Süden hängigen Fragen betrifft, ist die Haltung des FNL sehr klar; aus seinem Programm geht hervor, dass er eine breite nationale Union befürwortet, sowie Wahlen für eine Regierung, die alle Bevölkerungskreise vertritt.

Herr Kaufmann: Welches wäre die Haltung eines geeinten Vietnams, wie Sie es sehen, gegenüber Laos und Kambodscha?

Herr Van Bo: Jedes Land muss seine Probleme selbst regeln, ohne Einsischung von aussen. Wir gehen vom Grundsatz der guten Nachbarschaft aus, der wirtschaftlichen und kulturellen Austausch ermöglicht.

Herr Micheli: Ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. - Die Schweiz hat gegenüber den Leiden, die ein Konflikt schafft, immer sehr viel Verständnis, aber, wie Ihnen schon Herr Bundesrat Spühler sagte, unsere Regierung will nicht verurteilen; wir können deshalb nicht Stellung nehmen zu den Ereignissen in Vietnam, wie Sie es wohl wünschen. Selbstverständlich bedauern wir, wie jedermann, den grausamen Krieg, und wenn wir irgendetwas zu dessen Beendigung beitragen könnten, würden wir es gerne tun.

Herr Van Bo: Das verstehen wir sehr gut, denn wir verstehen die Neutralitätspolitik der Schweiz. Jedes Land verfolgt völlig unabhängig die Politik, die ihm gut scheint; das ist sein gutes Recht. So erwähnte der Herr Bundespräsident, die Schweiz wolle niemanden verurteilen und keine Stellung nehmen, aber sie sei bereit, sich nützlich zu machen, die Leiden zu lindern, wo sie vorhanden sind. - Angesichts des Vietnamkrieges stellt sich die Frage, was jeder einzelne tun kann, um der Sache des Friedens zu dienen. Ich glaube, dass die Schweiz die Sache des Friedens, der Humanität, vertritt; was könnte sie also machen? Der Krieg geht weiter, fordert Opfer; die Amerikaner sprechen von Verhandlungen und von Frieden. Wir haben den Amerikanern zu verstehen gegeben, wie unsere diesbezügliche Haltung sei; aber sie verlangen immer weitere "Präzisierungen"; wollen sie in Wahrheit damit lediglich Verwirrung stiften? In Wirklichkeit ist alles genau geklärt: aus der bedingungslosen Einstellung der Bombardierungen werden sich Gespräche ergeben, und aus den Gesprächen die Diskussion über die Lösung des Vietnamproblems. Dies von den USA zu verlangen, dieses Postulat zu unterstützen, bedeutet wohl keine Verurteilung von irgendjemandem und liesse sich wohl verbinden mit der schweizerischer Neutralitätspolitik, die ja im Dienste des Friedens steht. Das würde von meiner Regierung, von meinem Volke, von der Weltöffentlichkeit begrüsst und gut aufgenommen. Aehnliches hat ja Schweden

Herr Micheli: Hiezu hat Ihnen der Bundespräsident bereits geantwortet. Eine solche Erklärung der schweizerischen Regierung wäre gegen unsere Politik. Anderseits würden wir gerne unser Teil zur Linderung der Not des Krieges beitragen. Darüber könnten Sie morgen mit Herrn Botschafter Thalmann und beim Schweizerischen Roten Kreuz sprechen.

Herr Van Bo: Manchmal verwende ich nicht sehr diplomatische Formeln in dem, was ich sage; Sie wissen, dass ich keine diplomatische Akademie besucht habe.

Herr Micheli: Im Gegenteil, wir begrüssen es, dass sich unser Gespräch so offen entwickelt hat.

Schluss der Besprechung: ca. 18.30 Uhr.

1(+